Umfrage: Metall-Unternehmen beklagen miserable Standortbedingungen

28.01.25 | Berlin

Umfrage: Metall-Unternehmen beklagen miserable Standortbedingungen

Handfeste Standortkrise in Deutschlands wichtigster Branche – Firmen planen Investitionskürzungen und Arbeitsplatzabbau

Die Bedingungen für private Investitionen in Deutschland sind aus Sicht der Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie desolat. Laut einer bundesweiten Umfrage von Gesamtmetall unter den Mitgliedsunternehmen der M+E-Arbeitgeberverbände haben sich für 93 Prozent aller Unternehmen die Standortbedingungen in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander: „Das Ergebnis der Umfrage ist eine Generalabrechnung mit einer vollkommen verfehlten Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre und zeigt deutlich, dass endlich Schluss sein muss mit dem Schönreden und dem Gesundbeten. Alles politisches Handeln muss schnellstmöglich und konsequent darauf gerichtet werden, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, um den Standort zu retten.“

Die meisten Unternehmen rechnen nicht mit einer Verbesserung der Lage

Sozialabgaben, Bürokratie, Energiekosten und Steuern belasten die Unternehmen massiv. Bei den verschiedenen Standortfaktoren wird im Saldo kein einziger Aspekt mehr positiv bewertet. Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Investitionspläne in der M+E-Industrie sind entsprechend alarmierend: Jedes zweite Unternehmen will seine Investitionen in Deutschland weiter reduzieren. Fast die Hälfte davon kürzt das Investitionsbudget um mehr als 30 Prozent. Im Gegenzug wollen gut 30 Prozent der Firmen mehr im Ausland investieren.

Deutschland weist zahlreiche Standortschwächen auf, finden zahlreiche Unternehmen.

Über die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent) schätzen ihre Lage als schlecht ein. Nur 6 Prozent erwarten eine Normalisierung in 2025 und weitere 46 Prozent in 2026. Für 48 Prozent ist eine Verbesserung nicht absehbar. Dadurch beschleunigt sich die Deindustrialisierung weiter: Fast die

Hälfte der Unternehmen plant Personalabbau, nur jedes achte Personalaufbau in Deutschland. Demgegenüber baut fast jedes dritte Unternehmen Arbeitsplätze im Ausland statt in Deutschland auf. Laut einer großen Mehrheit von fast 80 Prozent der Unternehmen kann die Deindustrialisierung nur dann gestoppt werden, wenn die Politik die Rahmenbedingungen grundlegend verbessert.

„Wir brauchen eine sofortige und grundlegende Wirtschaftswende: Sozialabgaben, Bürokratie, Energiekosten, Steuern und Bildung müssen sofort angegangen werden", sagte Zander. „Die Unternehmen brauchen jetzt ein glaubwürdiges Zeichen des Aufbruchs. Die neue Bundesregierung muss den Standort retten."

An der Umfrage haben im Zeitraum vom 7. bis 20. Januar 2025 1.785 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie teilgenommen. Das sind rund 25 Prozent aller in den Mitgliedsverbänden von Gesamtmetall organisierten Unternehmen.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Die Umfrage im Detail

So sieht die Branche ihre Lage

Wie die M+E-Firmen den Standort und ihre Perspektiven einschätzen.

Download (786 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] vme-net.de

Download VCF